

António Guterres greift nach den Sternen

An einem «Zukunftsgipfel» wollen die Vereinten Nationen ihre Befugnisse erweitern. Die Staaten sollen verpflichtet werden, die Migration zu fördern. Die Schweiz macht brav mit.

Philipp Gut

Am 22. und 23. September will die Uno an ihrer 79. Vollversammlung nichts Geringeres als die Weichen für die «Zukunft» der Welt stellen. «Summit of the Future» («Zukunftsgipfel») nennt sie das Treffen, das die Ziele der Agenda 2030 für eine «nachhaltige Entwicklung» beschleunigen und weitere Programme auf den Weg bringen soll. Verabschiedet werden sollen insbesondere ein «Zukunftspakt» und eine «Erklärung zu künftigen Generationen». Das umfassende Paket stellt so etwas wie einen weltweiten Gesellschaftsvertrag dar, bei dem die Uno als zentrales Steuerungs- und Überwachungsorgan zusätzliche institutionelle Macht gewinnt. Die Mitgliedstaaten wären demnach verpflichtet, «ein effektiveres und widerstandsfähigeres multilaterales System» zu errichten, in dessen «Mittelpunkt» die Vereinten Nationen stehen, wie es in Paragraph 11 der Präambel der Deklaration heisst.

«Neue Agenda für den Frieden»

Erstaunlicherweise konnte man über diese weitreichenden Pläne in den grossen Medien kaum etwas lesen, auch der Bund informiert zurückhaltend. Dabei könnten der Zukunftspakt und

Leicht könnte man einem «besseren Morgen» zustimmen, um dann ein böses Erwachen zu erleben.

diverse Zusatzdokumente einschneidende Auswirkungen auf die Souveränität der Staaten haben. In der Darstellung der Uno klingt das zunächst wolkig verheissungsvoll: «Multilaterale Lösungen für ein besseres Morgen», verspricht der Gipfel – auf der Basis einer technokratischen Weltsicht, bei der von der Uno definierte Probleme und Politikfelder zentral bewirtschaftet werden sollen, von einem «globalen Digitalpakt» über eine «internationale Finanzarchitektur» bis zu einer «neuen Agenda für den Frieden».

Dies alles steht unter der Prämisse, die «Bedürfnisse und Interessen der künftigen Generationen» zu wahren und zu vertreten, wobei sich allerdings die erkenntnistheoretische Frage



«Unsere gemeinsame Agenda»: Generalsekretär Guterres.

stellt, wie denn die heutigen politischen Leader überhaupt wissen können, welches die Bedürfnisse und Interessen künftiger Generationen sind. Ein Schuft, wer in dieser offensichtlichen Anmassung eine Legitimationsstrategie für die Durchsetzung eigener Bedürfnisse und Interessen vermutet.

Aber zurück zu den Inhalten. «Unsere gemeinsame Agenda», wie sie Generalsekretär António Guterres nennt, ist dermassen raumgreifend – von der Bildung («Wie kann Bildung universell sichergestellt werden und transformativ wirken?») bis zum Weltraum («Outer Space Dialogue»), dass wir uns hier auf einzelne kritische Aspekte beschränken müssen.

Migration – Ins Auge sticht zum Beispiel Paragraph 32 der aktuellen dritten Fassung der Deklaration zu künftigen Generationen. Darin «verpflichten» sich die Mitglieder zur «Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten, um eine sichere, geordnete und reguläre

Migration zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielländern zu gewährleisten, unter anderem durch die Ausweitung von Wegen für die reguläre Migration». Wem das bekannt vorkommt, der täuscht sich nicht. Forderung und Formulierung erinnern an den Uno-Migrationspakt («Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration»), der im Dezember 2018 verabschiedet worden ist. Er beinhaltet so etwas wie ein Menschenrecht auf Migration und sieht in dieser keine potenzielle Ursache von Problemen, sondern einen Rechtsanspruch, dem die souveränen Staaten nachzukommen haben. Dasselbe betont nun auch der Zukunftspakt, «unter Anerkennung des positiven Beitrags von Migranten zu integrativem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung».

In der Schweiz ist die innenpolitische und parlamentarische Diskussion über einen Beitritt zum Migrationspakt noch immer nicht abgeschlossen, die SVP ist vehement dagegen und spricht von einer «globalen Personenfrei-

zügigkeit». Dass dieses Ziel jetzt andernorts versteckt in einem Paragraphen einer bisher kaum bekannten neuen Deklaration wieder auftaucht, sollte zu genauer Lektüre und zu Wachsamkeit ermuntern. Leicht könnte man sonst einem «besseren Morgen» zustimmen, um dann ein böses Erwachen zu erleben.

Freie Rede – Ähnliches gilt für weite Teile der Zukunftsagenda, etwa für die angepeilte Einschränkung der freien Rede, im Uno-Jargon beschönigend «Informationsintegrität» genannt. Die Vereinten Nationen wollen gegen angebliche oder tatsächliche «Desinformation» vorgehen, insbesondere in den sozialen Netzwerken und auf digitalen Plattformen. Dabei verweist die Uno ausdrücklich auf verwandte Bestrebungen der EU (Digital Services Act) oder der Weltgesundheitsorganisation (WHO), welche unter dem Stichwort «Infodemie» ein Zuviel an Informationen und Meinungen beklagt und auch mit Hilfe der Vertragsstaaten dafür sorgen will, die Deutungshoheit über politische Debatten zu gewinnen und unliebsame Ansichten zu unterdrücken.

Nach diesem Muster verfährt nun erklärermassen auch die Uno, indem sie feststellt, eine «Bedrohung der Informationsintegrität» könne sich negativ auf die Verwirklichung ihrer Ziele auswirken. So schreibt die Uno: «Desinformation über das Klima und die daraus folgende Untätigkeit torpedieren dringend notwendige Massnahmen zur Bewältigung der Klimakrise, unter anderem den entscheidenden Umstieg von umweltschädlichen fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energie sowie dringende Investitionen in die Klimaresilienz.» Oder zum Thema «Gesundheit und Wohlergehen»: «Während der Covid-19-Pandemie untergrub eine «Infodemie» miteinander zusammenhängender Fehl- und Desinformation Gesundheitsmassnahmen und Impfkampagnen.» Das Risiko «infolge impfskeptischer Fehl- und Desinformation» sei «noch nicht gebannt». Darum will die Uno jetzt die Skepsis der Bürger ihren eigenen weisen Ratschlägen und Beschlüssen gegenüber mit verschiedenen Massnahmen möglichst im Keim ersticken.

Grosser Vorsitzender für «globale Schocks» – Ein weiterer Uno-Plan ist die Schaffung einer «Notfallplattform», um auf «globale Schocks» zu reagieren, wie sich Generalsekretär Guterres ausdrückt. Als Vorbild nennt er einmal mehr die Covid-Krise. Wie die Schockereignisse der Zukunft aussehen könnten, lässt Guterres im Vagen, er betont jedoch: «Aktuelle globale Tendenzen wie der Klimawandel und der beschleunigte Biodiversitätsverlust, der geopolitische Wettbewerb und sozioökonomische Ungleichheiten könnten zusammenwirken und die Folgen eines künftigen globalen Schocks verschärfen.» Er denkt dabei etwa an «weit-

reichende Klima- und Umweltereignisse», an «künftige Pandemien» oder an «gross angelegte zerstörerische und/oder Störaktivitäten im Cyberspace oder Störungen der globalen digitalen Vernetzung».

Als «Erkenntnisgewinn» aus der Covid-Pandemie nimmt Guterres schliesslich nicht etwa mit, dass Regierungen und multilaterale Organisationen die Menschen zu Massnahmen drängten, die wissenschaftlich nicht validiert waren, sondern er moniert vielmehr mangelndes Durchregieren und «eklatante Ungleichheiten bei der Verteilung von Impfstoffen». Guterres begrüsst den Pandemiepakt der WHO, der die Rolle des Generaldirektors weiter stärkt, und will nun eine vergleichbare Machtposition für

*Und wer soll zuoberst auf der Pyramide stehen und alles leiten?
Richtig: der Generalsekretär selbst.*

die Uno und für sich selbst reklamieren. Insbesondere betont er die «Mobilisierung der politischen Führung», die Errichtung zentraler Lenkungsmechanismen samt «optimaler Nutzung der einberufenden Rolle der Vereinten Nationen» sowie eine «stärkere Rechenschaftspflicht für die Erfüllung von Verpflichtungen und die Kohärenz des internationalen Ansatzes».

Und wer soll zuoberst auf der Pyramide stehen und alles leiten und lenken? Richtig: der Generalsekretär selbst. Er schlage vor, so Guterres in der dritten Person von sich redend, «dass die Generalversammlung dem Generalsekretär und dem System der Vereinten Nationen eine ständige Vollmacht überträgt», im Falle eines zukünftigen komplexen globalen Schocks «automatisch» eine solche Notfallherrschaft einzurichten und einsatzfähig zu machen.

Und die Schweiz? Sie macht offenbar brav mit. Die Entwürfe der einschlägigen Vertragswerke unterliegen der sogenannten Silence Procedure, das heisst, wenn ein Mitgliedstaat nicht bis zu einem bestimmten Termin Einwände anmeldet, stimmt er stillschweigend zu. Die *Weltwoche* fragte bei Pascale Baeriswyl nach, der Schweizer Botschafterin bei den Vereinten Nationen in New York, ob die Schweiz alldem still und heimlich zugestimmt habe. Die Ständige Mission der Schweiz bei den Vereinten Nationen leitete die Anfrage an die Zentrale in Bern weiter. Das Eidgenössische Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) von Bundesrat Ignazio Cassis (FDP) steht grundsätzlich hinter den Plänen der Uno. Zum Hineinschuggeln der Forderung nach grenzenloser Migration in die Deklaration zu künftigen Generationen sagt das EDA, der genannte Paragraph enthalte einen «Aufruf zur Zusammenarbeit im Migrationsbereich und keine neuen Verpflichtungen». Die Souveränität der Schweiz sei nicht tangiert.

Grenzenlose Freiheit

Applaus, Applaus! Dank amerikanischen Forschern darf sich die beschränkte Palette an LGBTQ-Varianten einer sagenhaften Vielfalt 93 neuer Mutationen wie «Rainbow Gender» und «Gender Nomad» rühmen. Das Wort «Mutter» ist jetzt ein Schimpfwort. Die Frau, die mich neun Monate unterm Herzen trug, heisst nun: Person, die mich zur Welt gebracht hat. Mein biologischer Vater ist: das andere Familienmitglied.

In Massachusetts drohen LGBTQ-Phobikern Konsequenzen bis hin zu Jobverlust oder Gefängnisstrafe. Diese in Europa mit Beifall empfangene Neuerung schlägt derart hohe Wellen, dass sich Chinesen weltweit auf We-Chat darüber lustig machen.

Wenn Geschlechtszugehörigkeit nach Lust und Laune erfolgt, wie steht es denn um Rasse und Nationalität? Bin ich an einem Tag Kasache und am anderen Eskimo? Kann ich zwischen Polen und Thailand umentscheiden? Unverblüme Kritik wird insbesondere gegenüber der Offenheit westlicher Frauen laut. Männer – oder: Personen mit Penis – erhalten legalen Zugang zu Frauen-Toiletten, -Garderoben und -Gefängnissen. Kommt dieser Lebenswandel nicht einer Preisgabe gleich – jener Werte, die der Westler einst so lauthals für sich proklamiert hatte? Was ist mit Adam und Eva, der grossen Liebe und eigenen Kindern aus Gottes Hand? Wo bleibt das christliche Fundament, das dem alten weissen Mann zu Zeiten des Imperialismus als Rechtfertigung für die Unterdrückung anderer Rassen gedient hat? Feiern wir unsere Freiheit! Der rückständige, da kommunistische Osten ist irritiert. Mit Freiheit ist alles möglich – auch Selbstdemontage.

Rahel Senn



Was ist mit der grossen Liebe?